

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 19.01.2026	Nummer F0004/26
Absender  <b>CDU/FDP Stadtratsfraktion</b>		
Adressat  Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 22.01.2026	
Kurztitel  Rettungswagen in Magdeburg: Wer bestellt der zahlt?		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in mehreren Städten Deutschlands – zuletzt sehr deutlich am Beispiel Essen – gibt es derzeit umfangreiche Diskussionen über die Kostenübernahme von Rettungsdienst- und Krankentransportfahrten. Hintergrund sind Auseinandersetzungen zwischen Kommunen und Krankenkassen über steigende Kosten sowie sogenannte Fehlfahrten. In Essen wurde inzwischen entschieden, die nicht gedeckten Kosten künftig teilweise auf die Bürgerinnen und Bürger zu übertragen. Dort sollen Patientinnen und Patienten ab 2026 einen Eigenanteil zahlen – je nach Einsatzumfang teils in Höhe von mehreren hundert Euro.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um Auskunft zu den folgenden Punkten in Bezug auf die aktuelle Situation in Magdeburg:

1. Plant die Landeshauptstadt Magdeburg derzeit ähnliche Maßnahmen oder Gespräche mit den Krankenkassen, die zu einer teilweisen Kostenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Rettungsdienstfahrten führen könnten? Gibt es Überlegungen, Modelle wie in Essen zu prüfen oder zu übernehmen?
2. Wie stellt sich die aktuelle Situation der Kostenregelung für Rettungswagen- und Krankentransportfahrten in Magdeburg dar? Werden die Kosten bislang vollständig von den Krankenkassen übernommen, sofern medizinische Notwendigkeit besteht? Gibt es bereits Konflikte oder offene Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und Krankenkassen hinsichtlich der Finanzierung des Rettungsdienstes?
3. Müssen Bürgerinnen und Bürger in Magdeburg aktuell mit zusätzlichen Eigenanteilen über die gesetzlich festgelegte Zuzahlung hinaus rechnen? Falls Nein: Ist absehbar, dass sich dies künftig ändern könnte, beispielsweise bei weiter steigenden Kosten im Rettungsdienst?
4. Wie bewertet die Stadtverwaltung die langfristige finanzielle Situation des Rettungsdienstes in Magdeburg? Gibt es Hinweise darauf, dass steigende Betriebskosten künftig stärker durch die Kommune getragen werden müssen?
5. Wie haben sich die Einsatzzahlen von Rettungs- und Krankentransportwagen in Magdeburg in den vergangenen Jahren entwickelt? Gibt es Anzeichen für einen Anstieg unnötiger oder medizinisch nicht begründeter Einsätze („Fehlfahrten“)? Falls ja: Wie geht die Stadt dagegen vor?

6. Wie erfolgt die medizinische Ersteinschätzung in der Leitstelle aktuell, und wird darüber nachgedacht, das System anzupassen, um unnötige Einsätze zu reduzieren?
7. Steht Magdeburg im Austausch mit anderen Städten zu den aktuellen bundesweiten Entwicklungen in der Rettungsdienstfinanzierung? Gibt es gemeinsame Positionen oder Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich bitte um kurze Benachrichtigung, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann.

Manuel Rupsch  
Stadtrat  
CDU/FDP Stadtratsfraktion